

+++ Wir leben Integration +++

29. September 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

Integrationspolitik ist eine enorm wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist deshalb die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte wichtig. Unser Ziel war und ist es, in der zunehmend vielfältiger werdenden Gesellschaft Chancengerechtigkeit für alle zu erreichen. Wir wollen im Land Bremen ein Klima der Aufgeschlossenheit, der Toleranz und der Zusammengehörigkeit schaffen und allen Neuzuwanderern signalisieren: Sie sind in Bremen und Bremerhaven erwünscht und angenommen!

„Wir setzen auf den Dialog mit den Menschen vor Ort“, so Valentina Tüchel. „Es ist wichtig, mit denen im Gespräch zu sein, die genau wissen, wo Herausforderungen liegen und die oft viele Ideen haben, wie Politik helfen kann.“

Sie halten die Erstausgabe unseres Rot:Heute Express Integration in Händen. Wir wollen Sie regelmäßig darüber informieren, was die SPD-Bürgerschaftsfraktion in Sachen Integration tut, welche Diskussionen wir führen und was unsere Ziele sind.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Lob und Kritik! Melden Sie sich gern im Büro der SPD-Fraktion, Telefon: 0421 - 33 677 0, E-Mail: [spd-fraktion@spd-bremen.de](mailto:spd-fraktion@spd-bremen.de)

+++ 9 von 36 SPD-Abgeordneten haben einen Migrationshintergrund +++

Am 22. Mai 2011 war die Bürgerschaftswahl. Dabei hatte die SPD so viele Migrantinnen und Migranten auf ihrer Liste, wie keine andere Partei. Ein Viertel aller SPD-Abgeordneten hat einen Migrationshintergrund: Türkische Wurzeln treffen auf russische, afrikanische oder griechische Vorfahren. „Rund ein Viertel der Bremerinnen und Bremer haben einen Migrationshintergrund“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. „Wir freuen uns sehr, die Bremer Gesellschaft auch im Parlament abbilden zu können.“ Mit Ruken Aytas, Mustafa Güngör und Sükrü Senkal sind außerdem drei Abgeordnete mit Migrationshintergrund im zehnköpfigen Vorstand der Fraktion vertreten.



SPD-Abgeordnete mit Migrationshintergrund v.l.n.r.: Ruken Aytas, Elombo Bolayela, Mustafa Güngör, Aydin Gürlevik, Patrick Öztürk, Sükrü Senkal, Ali Seyrek, Elias Tsartilidis und Valentina Tüchel.

#### +++ Bremer Rat für Integration wird gestärkt +++

Der Bremer Rat für Integration wurde im Jahr 2004 gegründet. Er leistet wertvolle Arbeit bei der Verbesserung der Integration und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen in Bremen. Die Fraktion hat nun eine politische Initiative auf den Weg gebracht. „Mit dem Antrag soll der Bremer Rat für Integration noch stärker als bisher in die parlamentarische Arbeit einbezogen werden“, erklärt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Valentina Tuchel.

#### Aus der Landtagssitzung am 29. September 2011:

#### +++ Residenzpflicht verstößt gegen Menschenrechte +++

„Klares Ziel der SPD ist die Abschaffung der Residenzpflicht“, erklärte die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Valentina Tuchel. Die in Deutschland geltende Residenzpflicht für Asylsuchende – das heißt, diese Menschen dürfen den Zuständigkeitsbereich ihrer Ausländerbehörde nicht verlassen – ist einmalig in Europa und verstößt gegen die Menschenrechte. „Konkret bedeutet das, dass Kinder von Flüchtlingen und Asylsuchenden nur schwer an Klassenfahrten oder Sportveranstaltungen außerhalb Bremens teilnehmen können. Die Betroffenen werden außerdem bei der Job- und Ausbildungsplatzsuche behindert“, erläuterte Tuchel. Die Bremische Bürgerschaft hat sich schon in der vergangenen Legislaturperiode für eine Abschaffung der Residenzpflicht ausgesprochen. Tuchel begründete die Ablehnung eines Antrags der Linken, die eben diese Abschaffung forderte: „Sie stellen diesen Antrag allein aus taktischen Gründen und er ist irreführend. Wir müssen nicht noch einmal unsere eigenen Beschlüsse wiederholen.“ Neben dem Senat bemühe sich auch die SPD im Deutschen Bundestag um eine Änderung der Asylgesetze. Dies scheitere jedoch bislang an der schwarz-gelben Bundesregierung.

#### +++ Netzwerk gegen Diskriminierung bilden +++

„Diskriminierungen sind nicht hinnehmbar“, stellte Valentina Tuchel klar. Die Bürgerschaft hat deshalb auf Antrag von Rot-Grün beschlossen, dass Bremen sich der Koalition gegen Diskriminierung anschließt und die Erklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes unterzeichnet. „Wir wollen“, so Tuchel, „dass jeder Weg genutzt wird, um Betroffenen die bestmögliche Beratung zu bieten. Wichtig ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Bremer Beratungsstellen. Sie sollen ein gemeinsames Konzept dazu entwickeln. Außerdem muss dem Thema in unserer Gesellschaft noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Mit einem Netzwerk schaffen wir es, die Zusammenarbeit mit anderen Städten, Bundesländern und dem Bund hinzubekommen und noch schlagkräftiger zu werden, als wir es bisher in Bremen mit unseren Angeboten sind.“

+++ Blick zurück: Was die SPD-Fraktion in den letzten Jahren getan hat +++

Die wichtigsten politischen Initiativen in der vergangenen Legislaturperiode waren:

- Eine Schulreform, durch die die Vielgliedrigkeit des Schulsystems aufgehoben wurde, damit **alle Kinder gemeinsam miteinander erfolgreicher lernen**.
- Aufforderungen an den Senat, mehr Migrantinnen und Migranten für das Lehramt und für soziale Berufe zu gewinnen und die **Potenziale von Unternehmern und Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund** besser als bisher zu nutzen.
- Wir haben alle landesrechtlichen Möglichkeiten entwickelt, um die **erleichterte Anerkennung von ausländischen Abschlüssen** zu erreichen.
- Wir wollen eine moderne, interkulturelle Verwaltung. Deshalb wurde der Senat aufgefordert, **mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst** auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu beschäftigen. Darüber hinaus sollen alle Bediensteten in interkultureller Kompetenz fortgebildet werden.
- Rassismus darf in Bremen keine Chance haben. Deshalb wurde auch die **Berichterstattung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** wieder aufgenommen.
- Ferner wurden verschiedene Initiativen ergriffen, damit mehr Menschen eine **Aufenthalts-erlaubnis statt einer Duldung** erhalten.
- Und schließlich hat sich die Bremische Bürgerschaft dafür ausgesprochen, den sogenannten **Optionszwang** im Staatsangehörigkeitsrecht **aufzuheben**, um es Menschen zu erleichtern, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

+++ Transparenz in unserer politischen Arbeit +++



Haben Sie inhaltliche Anmerkungen, Ideen oder einen Gesprächswunsch, sprechen Sie mich gern an.

**Valentina Tuchel**  
*integrationspolitische Sprecherin*

Kurt-Schumacher-Allee 1c  
28329 Bremen

Mobil: 0176 - 283 626 31

E-Mail: [v.tuchel@gmx.de](mailto:v.tuchel@gmx.de)